

Zweite Verwaltungsvorschrift zur Änderung der „Richtlinie zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen für das Programmjahr 2021 (ThürModR-Mietwohnungen)“

Die Richtlinie zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen für das Programmjahr 2021 (ThürModR-Mietwohnungen) des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 19. April 2021 (ThürStAnz 2021, S. 992), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 20. Dezember 2021 (ThürStAnz 2022, S. 148) wird wie folgt geändert:

I.

1. In der Überschrift wird die Zahl „2021“ durch die Zahl „2022“ ersetzt.

2. Nummer 6.3 erhält folgende Fassung:

„Bewilligungen nach Maßgabe dieser Richtlinie sind bis zum 31. Dezember 2022 zu erteilen. Die aufgeführten Fristen und Termine gelten für alle Bewilligungen, die bis zum 31. Dezember 2018 erteilt wurden. Für Bewilligungen, die im Zeitraum 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 erteilt wurden, verlängern sich die Termine und Fristen um ein Jahr. Für Bewilligungen, die im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 erteilt wurden, verlängern sich die Termine und Fristen um zwei Jahre. Für Bewilligungen, die im Zeitraum 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 erteilt wurden, verlängern sich die Termine und Fristen um drei Jahre. Für Bewilligungen, die im Geltungszeitraum dieser Richtlinie erteilt werden, verlängern sich die Termine und Fristen um vier Jahre. Dies gilt auch für die Fristen der Nummer 9.1 (Belegungsbindung).“

3. Nummer 7.3 erhält folgende Fassung:

„Nach der durchgeführten und geförderten Modernisierung soll die Miete nicht über den Betrag der ortsüblichen Vergleichsmiete oder den der angemessenen Miete hinausgehen. Es wird bei der Festsetzung die niedrigere Miete zugrunde gelegt.

Als angemessene Miete werden folgende Beträge festgelegt:

Kategorie	Gemeinden	angemessene Miete in €/m ² Wohnfläche
I	Erfurt, Jena und Weimar	6,10
II	Altenburg, Apolda, Arnstadt, Bad Salzungen, Eisenach, Gera, Gotha,	5,85

	Greiz, Ilmenau, Leinefelde-Worbis, Meiningen, Mühlhausen, Nordhausen, Rudolstadt, Saalfeld, Sondershausen, Sonneberg und Suhl (Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern – Stand: 31.12.2020)	
III	in allen übrigen Gemeinden	5,40

”

4. In der Nummer 22 wird die Angabe „30. Juni 2022“ durch die Angabe „31. Dezember 2022“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Unterzeichnung in Kraft.


Susanna Karawanskij
Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Erfurt, ~~27.6.~~ 27.6.2022

AZ.: 26-4741

ThürStAnz Nr. ... S. ...